

Franz Josef Piwonka

(Diplom-Soziologe und politischer Aktivist)

München, 28.10. 2015

Einführung:

Folgende Rede ist von der bayrischen Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler letzten Sommer auf einer Münchner Veranstaltung gegen Antisemitismus gehalten worden. Sie steht paradigmatisch für die Denunziation der Kritiker der israelischen Politik als „Antisemiten“. Daher soll die Rede auf ihre denunziatorischen Mechanismen hin genauer unter die Lupe genommen werden. Hier der Link zur Rede: <http://www.kirchenkreis-muenchen.de/wehret-den-anf%C3%A4ngen>.

Wehret den denunziatorischen Anfängen: der fragwürdige Kampf gegen den Antisemitismus oder das, für was er gehalten wird.

Der Hauptteil ihrer Rede beschäftigt sich gar nicht mit Antisemitismus, sondern mit den Kritikern der israelischen Politik, wie ich belegen werde, denen sie Antisemitismus unterstellt, ohne dafür auch nur einen Grund oder Beleg zu nennen. Das „gelingt“ ihr mit dem, was ich unter „**Mißbrauchs-Trick**“ näher ausführen werde.

Sie findet es obszön, wenn in Deutschland **„tatsächliche oder vermeintliche Sympathie- und Gebungen für die leidtragenden Menschen in Gaza dafür instrumentalisiert werden, Israel polemisch in Bausch und Bogen anzuklagen und Kritik antisemitisch einzufärben“**. Und weiter: **„Mitleid für Palästina wird zur Waffe, um Leid für Israel gut zu heißen. Das ist Perversion ehrlicher Solidarität“**. Nachdem sie hervorhebt, daß es nicht mehr geduldet wird, wenn bei uns Antisemitismus und Judenfeindlichkeit proklamiert wird, fährt sie fort: **„Das gilt auch dann, wenn sie im Gewand angeblicher Humanität durch die Straßen ziehen“**.

Hervorstechend an diesen Aussagen ist, was sie gerade nicht sagt, daß sie nicht nur darauf verzichtet, irgendeinen Adressaten anzugeben, auf den diese Vorwürfe zutreffen, sondern auch darauf, auch nur einen einzigen Grund für diesen Verdacht zu benennen. Anscheinend ist es ihr wichtig, darauf zu verzichten. Durch diesen Verzicht wird es aber nun möglich, jedem Kritiker der israelischen Politik vorzuwerfen, daß die Gründe seiner Kritik nur Vorwände sind, um ganz andere Ziele zu verfolgen, die antisemitischer Natur seien. Nirgends wird ein Kriterium angegeben, um die Spreu vom Weizen zu trennen, so daß prinzipiell jedem Kritiker der israelischen Politik der Vorwurf des Antisemitismus gemacht werden kann, wenn man nur möchte. Dem Vorwurf ist somit Tür und Tor geöffnet.

In der Natur des Mißbrauchsvorwurfes liegt es aber, daß man ihn prinzipiell jedem Menschen machen kann, egal, was er für einen Standpunkt vertritt. Hier herrscht vollständige Willkür und Beliebigkeit, da es keine zuverlässige Nachprüfbarkeit gibt: **„eigentlich“** vertritt X ganz andere Ziele. Sogar, wenn er es selbst bestreitet, kann man ihm dennoch diesen Vorwurf machen, denn möglicherweise ist ihm gar nicht bewußt, was er **„tatsächlich“** tut.

Diesen Sachverhalt kann man an allen erdenklichen Fällen durchexerzieren. Die trickreiche Inhaltslosigkeit dieser denunziatorischen Methode wird an folgendem Beispiel sofort evident: wer zur Zeit der Selbstmordanschläge diese kritisierte und scharf verurteilte, konnte jederzeit von der entsprechenden palästinensischen Seite einer palästinenserfeindlichen Haltung verdächtigt werden, die sich darin ausdrückte, daß diese Verurteilung für ihn nur ein Vorwand sei zur Delegitimation des palästinensischen Widerstands gegen fortgesetzte Unterdrückung .

Vorzugsweise wird dieser Instrumentalisierungsvorwurf, genauer: Instrumentalisierungstrick von Dogmatikern, Fanatikern und Extremisten vorgenommen. Sogar der leisesten Kirchenkritik kann somit der Vorwurf der grundsätzlichen Kirchenfeindlichkeit vorgehalten werden und wird es auch von den entsprechenden rigiden religiösen Vertretern gemacht. Ich habe mich hin und wieder mit evangelikalen Gruppen auseinandergesetzt. Als ihnen die Argumente ausgingen oder sie unter ihnen litten, kam meistens die Frage: „**Was willst Du eigentlich?**“

Hierin manifestiert sich die Struktur des Mißbrauchsvorwurfs recht deutlich: man entwertet mit einem Schlag die Argumente des Kontrahenten. Es wird daran auch etwas Weiteres manifest: es handelt sich nämlich um die übelste Vorgehensweise in der argumentativen Auseinandersetzung, nämlich um die sattsam bekannte „argumentum-ad-hominem-Methode: man vergreift sich an der Person selbst, disqualifiziert sie, indem ihr üble Motive unterstellt werden, damit man sich nicht mit deren Argumenten auseinandersetzen muß. Nach Popper handelt es sich hier um klassische Leerformeln, weil sie einen speziellen Inhalt vortäuschen, obwohl sie mit ganz beliebigen Inhalten gefüllt werden können: jede und jeder kann damit denunziert werden.

Daß Frau Breit-Keßler nun alle Kritiker der israelischen Politik denunziert, ist AUCH an ihrer Aussage ablesbar, daß sie sogar Menschen, die im Namen der „**angeblichen Humanität**“ ihre Kritik an der israelischen Politik üben, als Antisemiten verunglimpft. Es gibt somit keine Kritik der israelischen Politik, die sie akzeptieren würde. Sie kann also nicht nur extremistische wie z.B. islamistische Gruppen gemeint haben, da Humanität in diesen Gruppen weder als Vorstellung noch als Begriff auftaucht. Wenn ich erwähne, daß es AUCH an ihrer genannten Aussage ablesbar ist, dann deshalb, weil sie bereits durch jeden Verzicht auf Benennung irgendwelcher Kriterien oder Gründe ihren Vorwurf auf alle Kritiker der israelischen Politik universalisiert hat.

Es gibt bei Frau Breit-Keßler nur einen einzigen ganz vagen Hinweis, um antisemitische Einstellungen zu erkennen, nämlich, wenn man Israel in „**Bausch und Bogen anklagt**“. Diese Aussage ist aber verräterisch, sie impliziert, daß es von der Dosis abhängt, ob Einstellungen antisemitisch sind oder nicht. Auch hier kann wieder jeder für sich selbst ganz willkürlich entscheiden, wie er die Grenze ziehen möchte. Diese gewissermaßen quantitative Betrachtungsweise verschleiert aber einen wesentlichen Sachverhalt, nämlich die Natur des Konflikts, denn es handelt sich hier um einen extrem asymmetrischen Konflikt, in dem ein militärisch bis an die Zähne bewaffnetes Besatzungsregime ein anderes, sich ohne jeden Erfolg wehrendes Volk seit Jahrzehnten unterdrückt, das im Westjordanland aller Rechte beraubt ist. Wer vor dem Hintergrund dieser Konfliktnatur argumentiert, verfällt natürlich sofort dem Verdikt des Antisemitismus, denn im Raster einer quasi bloß quantitativen Betrachtungsweise wird hier schon „zuviel“ Kritik geübt, womit Israel „**in Bausch und Bogen**“ verdammt wird. Diese Formulierung verfolgt somit das Ziel, das Wesen dieses Konflikts zu verschleiern bzw. zu leugnen.

In ihrem anti-antisemitischen Eifer bringt Frau Breit-Keßler gehörig viel durcheinander. So spricht sie von „**ernsthaften Argumenten für eine Zweistaatenlösung**“, so, als ob es auch möglich wäre, sich auch mit nichternsthaften Argumenten mit einer Zweistaatenlösung zu beschäftigen. Und verfällt, wer so verfährt, nicht auch dem Antisemitismusverdikt? Sie geht sogar so weit, daß sie selbst Verfechter einer Zweistaatenlösung in ein schräges Licht stellt, weil sie von ihnen verlangt, sich von jenen zu distanzieren, die solche Demonstrationen nützen, um wieder „**den Juden**“ alle Schuld zu geben. Es machen sich somit auch Vertreter der Zweistaatenlösung verdächtig.

Zu ihrer Disqualifizierung greift sie nämlich ein agitatorisches Mittel von Ausländerfeinden auf. Denn diese fordern Muslime ständig auf, sich von Extremisten und Gewalttätern zu distanzieren. Und da diese gar keinen Anlaß haben, sich von Ihnen zu distanzieren, weil sie mit ihnen Erstens gar nichts zu tun haben und Zweitens durch diese Aufforderung selbst der zumindest klammheimlichen Parteinahme für den Extremismus verdächtig t werden, werden Muslime auf diese Weise denunziert.

Frau Breit-Keßler hat offenbar keine Schwierigkeiten, sich aus dem agitatorischen Arsenal von Ausländerfeinden und Rassisten zu bedienen.

Die Methode der Verdächtigung setzt sich sogar am Ende ihrer Rede fort. Sie schreibt: **„Man mag über Grenzverläufe, über Siedlungsgebiete, über Einstellungen und Haltungen kontrovers diskutieren. Aber gemeinsam müssen wir darauf achten, dass nie und nimmer das Existenzrecht Israels bestritten wird“**.

Warum aber verknüpft sie das Eine sofort mit dem Anderen? Sogar, wer den völkerrechtswidrigen Grenzverlauf und die Siedlungsgebiete kritisiert, wird unter Vorbehalt gestellt. Offenbar muß er sofort hinzufügen, daß er für das Existenzrecht Israels eintritt: **„diese Sorgfalt gehört untrennbar zur geschichtlichen Verantwortung Deutschlands“**. Jedem Kritiker der israelischen Politik ist daher nur dringend zu empfehlen, möglichst auf jede Kritik zu verzichten, wenn er bei Frau Breit-Keßler einen vor allem glaubwürdigen Eindruck hinterlassen möchte. Abgesehen davon fällt auf, daß sie im Zusammenhang von Grenzverläufen und Siedlungsgebieten davon spricht, daß man darüber **„kontrovers diskutieren“** kann. Über völkerrechtliche Normen kann man aber gar nicht kontrovers diskutieren, denn diese sind schlicht einzuhalten.

Die Denunziation der Kritik der israelischen Politik kommt aber interessanterweise selbst nicht ohne Anleihen bei Antisemiten aus, denn diese zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie zwischen Juden und Israel bzw. israelischer Politik gar nicht unterscheiden. Den Antisemiten erkennt man daran, daß sich seine Aversionen auf den Juden, das Jüdische selbst bezieht. Die verfehlte Politik Israels ist für ihn nur eine Bestätigung des verwerflichen jüdischen Charakters. Die Kritik der israelischen Politik als antisemitisch zu denunzieren, beruht daher auf der Übernahme des antisemitischen Verzichts auf diese ganz zentrale Unterscheidung.

Dieses denunziatorische Gebaren gegenüber israelkritischen Positionen würde sich jedoch selbst disqualifizieren, wenn es dieses nicht mit einer quasigenerösen Haltung verbinden würde: aber natürlich darf man Israel kritisieren: **„Und wer entsetzt ist über Hunderte von Toten im Gaza-Streifen, der ist nicht automatisch Antisemit“**. Man möchte angesichts der breit-keßlerisch gepflegten Verdächtigungskultur hinzufügen: automatisch nicht, aber faktisch schon. Die Double-Bind-Botschaft von Frau Breit-Keßler läßt sich wohl so zusammenfassen: natürlich kannst du Israel jederzeit kritisieren, aber laß es besser sein. (**so schrieb tatsächlich der frühere TAZ-Autor Deniz Yücel, die Kritiker der israelischen Politik sollten besser „die Klappe halten“: „Nein, du darfst nicht“, am 30.07. 2014 <http://www.taz.de/!5036516/> - Seitenaufruf 30.10.2015**)

Allein der Hinweis, daß man Israel kritisieren dürfe, ist absurd und entlarvend, da es nichts Selbstverständlicheres gibt, als daß man alles kritisieren darf, was kritikwürdig ist. Hier greift ausnahmsweise der Verdacht: wer den Menschen bescheinigen möchte, daß sie jederzeit die israelische Politik kritisieren dürfen, macht sich in der Tat verdächtig.

Ich fasse zusammen: diese Rede zeichnet sich durch einen ungehemmten Mißbrauch des Mißbrauchsvorwurfs aus.